

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © LWB/D.-M. Grätzsch

Mehr als 100 VertreterInnen lutherischer Kirchen aus aller Welt bilden gemeinsam die Zahl 350 ab. Sie unterstützen damit anlässlich einer Tagung des Rats des Lutherischen Weltbundes in Genf eine weltweite Umweltaktion, die die Politik zu wirksameren Maßnahmen zur Verminderung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) aufruft. WissenschaftlerInnen zufolge liegt die Höchstgrenze für eine ungefährliche CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bei 350 ppm (parts per million).

Oekumenischer Rat der Kirchen (OeRK): Diskussion zur Situation von Klimaflüchtlingen

Ein Vertreter der Vereinten Nationen diskutierte mit etwa 80 Teilnehmenden der jährlichen globalen Advocacy-Woche des Oekumenischen Rates der Kirchen über die Situation von Klimaflüchtlingen sowie Anliegen indigener Völker weltweit, wie Mark Beach vom OeRK berichtet. Die Gruppe traf sich im Kirchenzentrum für die Vereinten Nationen in unmittelbarer Nachbarschaft zum UN-Hochhaus.

„Sind wir bereit, die Kirche einer Gegenkultur zu sein, wie es unserer Berufung entspricht?“ fragte Elenie Poulos in ihrer Eröffnungspredigt. „Die Welt braucht die Führung, die die Kirche anbieten kann – vielleicht jetzt mehr als je zuvor.“ Poulos ist Pfarrerin der Unionskirche in Australien und Mitglied der OeRK-Kommission für Internationale Angelegenheiten. „Diese Art Führung braucht die Welt – eine Führung des Glaubens und der Gerechtigkeit, die in der Realität zeigt, dass ein anderes Leben möglich ist“, sagte sie.

Der beigeordnete Generalsekretär des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP) Olov Kjoerven griff in einer Rede vor den

Teilnehmenden diese Gedankengänge auf: Religiöse Gruppen weltweit müssten sich noch über den wirklichen Einfluss klar werden, den sie auf Regierungen in Bezug auf den Klimawandel und andere Fragen der Gerechtigkeit ausüben könnten, damit diese unverzüglich tätig würden. „Es gibt noch einen einfachen Aspekt“, führte Kjoerven in seiner Präsentation aus. „Sie verfügen über wichtigen wirtschaftlichen Einfluss, der auch von Ihnen selbst noch zu selten wahrgenommen wird.“ „Sie erreichen mehr Menschen regelmäßig als alle anderen Institutionen in der Welt von heute“, erklärte er. Kjoerven wies darauf hin, dass religiöse Gruppen, darunter auch die christlichen Kirchen, weltweit etwa acht Prozent des Landes besitzen, wovon ein großer Teil Wald ist. „Auf den Finanzmärkten sind religiöse Institutionen durch ihre Pensionskassen der drittgrößte Akteur.“

Die Tatsache, dass religiöse Gruppen und insbesondere Kirchen über enormes Potenzial zur Einflussnahme auf den Klimawandel und im Allgemeinen auf führende Politiker zur Bekämpfung globalen Unrechts verfügen, fand auch Erwähnung im Vortrag von Lois M. Dauway. Sie ist Mitglied des OeRK-Zentralausschusses und übergangsweise stellvertretende Generalsekretärin der Abteilung für Weltweite Dienste der Evangelisch-Methodistischen Kirche.

Dauway meinte, die Kirche müsse sich ei-

AUS DEM INHALT

„Glauben und Kirchenverfassung“:
Mehr Toleranz nötig

Lutherischer Weltbund:
Erklärung zu Taufgesinnten und
Augsburger Bekenntnis

Russisch-Orthodoxe Kirche:
Probleme wegen Frau im Amt

Vereinigte Arabische Emirate:
Frauen werden Muftis

Australien:
Kirchenkritik an
Streubombenproduktion

Welthungergipfel:
Strukturelle Probleme nicht gelöst

Aus Netzen und Bewegungen

Bremen:
Pilgerfahrt zum Oekumenischen
Kirchentag: „Mit Drahtesel und
Eisenbahn“

Niedersachsen:
Auftrag der Kirche und Armut

Westfalen:
Oekumenisches Lernen durch
Begegnung und Projektarbeit

Rhein Mosel Saar:
„Gerechter Friede“ in einem
ungerechten System?

Oekumenisches Netz
in Deutschland:
Erklärung: „Leben in gerechtem
Frieden“

Arbeitsgemeinschaft
Christlicher Kirchen:
Auf der Suche nach einer
alternativen Globalisierung

Netzwerk junger OekumenikerInnen
MEET:
„Born in the Friedensbewegung“

Oekumenische Initiative Eine Welt:
Bildungsarbeit mit der Erd-Charta

nen theologischen Ansatz zu eigen machen, um mit Fragen der Gerechtigkeit wie auch mit dem Klimawandel umzugehen.

„Ich nenne das die Nike-Theologie“, sagte sie mit Bezug auf den bekannten Sportartikelhersteller. In Anlehnung an den Werbeslogan der Firma formulierte sie, was die Kirchen jetzt tun müssten – nämlich handeln: „Just do it!“

Kirchen und die Oekumenische Gemeinschaft hätten zwar die theologischen Mittel, um globales Unrecht zu bekämpfen, aber „uns fehlt einfach der Wille dazu“.

Dauway erkannte an, dass die Kirche viele gute Dinge getan habe, rief aber die Gruppe auf, noch mehr zu tun. „Wenn wir in den Kirchen wirklich einen Wandel in der Welt bewirken wollen, müssen wir einsehen, dass es mehr braucht als wortgewandte Resolutionen und Predigten über Frieden und Gerechtigkeit“, sagte sie.

Man müsse den Leidenden zuhören und sich ihnen anschließen, „wobei wir manchmal führen und manchmal geführt werden“, und die Ressourcen der Kirchen teilen. „Wir könnten diese Welt im Namen Jesu auf den Kopf stellen“, führte sie aus. „Der Herr weiß, dass wir die Macht dazu haben, also lassen Sie es uns einfach tun.“

„Der Erde und den Menschen läuft die Zeit davon, und wir müssen mehr tun, als nur den vorherrschenden Paradigmen Widerstand leisten“, sagte Poulos in ihrer Predigt. „Wir müssen sie verändern. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das nicht auf Habgier, Materialismus, Individualismus und Angst vor Mangel basiert.“

Klimawandel: 60 Selbstverpflichtungen der Religionen

Führer von neun verschiedenen Weltreligionen haben 60 Zusagen gemacht, die helfen sollen, den Klimawandel zu stoppen. Der Generalsekretär der „Alliance of Religions and Conservation“ Martin Palmer, berichtete auf einer von den Quäkern in London organisierten Konferenz erfreut von den eingegangenen Zusagen: „Wir wussten bereits vor dem Beginn der Konferenz von verschiedenen Zusagen, so beispielsweise von der Kirche von England, ihren Energieverbrauch bis 2015 um 40% zu reduzieren, die von Muslimen, die Wallfahrt nach Mekka ökologisch verträglicher zu gestalten, oder von jüdischen Organisationen, die sich verpflichteten, den Fleischverbrauch bis 2015 zu verringern“. Am letzten Tag seien schließlich noch 30 weitere Selbstverpflichtungen eingetroffen.

„Glauben und Kirchenverfassung“: Mehr Toleranz nötig

Zum Ende der Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Oekumenischen Rates der Kirchen, die vom 7.–

13. Oktober 2009 auf Kreta stattfand, verabschiedeten die Teilnehmenden einen Aufruf an die Kirchen zu mehr Toleranz untereinander in strittigen Fragen. „Wenn wir wirklich offen sein wollen füreinander, müssen wir bereit sein, andere mit ihren eigenen Voraussetzungen gelten zu lassen und nicht

nur uns selbst“, sagte die britische Theologin Susan Durber in ihrer Predigt am Ende der Versammlung. „Wir müssen sowohl stark genug sein wie auch eigene Verletzbarkeit wagen, um uns auf den fremden Raum der Kirche einer anderen Tradition einzulassen“, stellte Durber fest, selbst Pfarrerin der Vereinigten Reformierten Kirche in Großbritannien und leitend am Westminster College in Cambridge tätig.

Die OeRK-Kommission für Glauben und Kirchenverfassung fasste sich auf diesem Treffen mit theologischen Fragen, die die Kirchen trennen. Der OeRK erklärte dazu, dass das Ziel des Treffens nicht die unmittelbare Diskussion moralischer oder ethischer Fragen gewesen sei, sondern vielmehr die Art, in der Kirchen zu Entscheidungen über solche Fragen gelangen. Dazu wurden dann verschiedene Fallstudien beraten, einschließlich der Frage des Umgangs mit Homosexualität, die die weltweite anglikanische Gemeinschaft wegen der Wahl offen homosexuell lebenden Bischöfe und der Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gespalten hat. „Es schwer zu begreifen, warum in den letzten 10 oder 20 Jahren in verschiedenen Regionen der Welt dieses Thema zu einer solchen Gefahr für die Einheit der Kirche hat werden können“, verlautete Christian Polke, Theologieprofessor in Hamburg, aus der Arbeitsgruppe über Homosexualität.

In der Frage des Wesens und des Auftrages der Kirche, der Ekklesiologie, und der kirchlichen Lehre stellten die Teilnehmenden der OeRK-Kommission Fortschritte fest. Der indische Bischof Geevarghese Mar Coorilos bezeichnete die Texte der Kommission zwar als geprägt von klassischen Modellen des Dialogs. Sie griffen aber noch zu kurz in der Frage der sozio-politischen Konsequenzen der theologischen Annahmen, besonders in der Frage der Armen und der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten, die die Mehrheit der Mitglieder der Kirchen des Südens ausmachten. Das siebentägige Treffen war vom Oekumenischen Patriarchen Bartholomäus I. eröffnet worden, der aus diesem Anlass den Erhalt der Umwelt und die Förderung des interreligiösen Dialogs als gemeinsame Aufgabe der Kirchen auf dem Weg zur Einheit beschworen hatte. Die



Eröffnungsgottesdienst der Kommissionstagung von „Glaube und Kirchenverfassung“ in Kolympari/Kreta

Photo: © WCC/Peter Williams

christliche Einheit bedürfe im Übrigen zuvörderst der Bereitschaft zur Demut, kein Weg des Einen dürfe dem Anderen aufgezwungen werden.

Lutherischer Weltbund: Erklärung zu Taufgesinnten und Augsburger Bekenntnis

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat eine Erklärung verabschiedet, die als Vorbereitung dient für Versöhnungsakte mit den taufgesinnten Kirchen, vor allem den Mennoniten. Der 11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, die im Juli 2010 in Stuttgart stattfinden wird, wird empfohlen, die Erklärung „Beschlussfassung zum lutherischen Erbe der Verfolgung der ‚Wiedertäufer‘“ (u. a. Mennoniten) zu verabschieden. Dabei spielt auch der Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses eine Rolle, das die zentrale Rolle für die Identität lutherischer Kirchen spielt. Im Artikel 16 heißt es, dass Christen im Dienste der Obrigkeit mögen ... „Übeltäter mit dem Schwert bestrafen (i. e. Todesstrafe vollstrecken), rechtmäßig Kriege führen, in ihnen mitstreiten ... Hiermit werden die verdammt, die lehren, dass das oben Angezeigte unchristlich sei.“ In der Erklärung des LWB-Rates wird „tiefes Bedauern und Kummer“ über das Erbe der brutalen Verfolgung von WiedertäuferInnen geäußert, insbesondere darüber, dass lutherische Reformatoren diese Verfolgung mit theologischen Argumenten unterstützten. Die Erklärung umfasst des Weiteren Verpflichtungen, wie die Geschichte der Verfolgung durch LutheranerInnen im Lichte dieser Erklärung in Zukunft erinnert und wie das konfessionelle Erbe der LutheranerInnen verstanden werden soll. Dieser Beschluss des LWB-Rates basiert auf der Arbeit der Internationalen lutherisch-mennonitischen Studienkommission, die von 2005 bis 2009 tagte. Der Bericht dieser Kommission mit dem Titel „Heilung der Erinnerungen, Versöhnung in Christus“ wurde vom Rat, der der Kommission für ihre „gründliche und wichtige Arbeit“ Anerkennung aussprach, entgegengenommen. Der Rat beauftragte den Generalsekretär, den Bericht und die Erklärung zu Informations- und Studienzwecken und gegebenenfalls Reaktionen an

die lutherischen Mitgliedskirchen weiterzuleiten. Beide Dokumente sollen außerdem den Delegierten der vorbereitenden Konsultationen zur Vollversammlung in Stuttgart 2010 zugänglich gemacht werden, damit diese dort diskutiert werden können.

Der Generalsekretär der Mennonitischen Weltkonferenz, Larry Miller, begrüßte den Schritt der Lutheraner. Der mennonitische Pastor Rainer W. Burkart aus Neuwied von der lutherisch-mennonitischen Studienkommission benannte als die beiden wichtigsten Differenzpunkte zwischen Mennoniten und Lutheranern die Fragen der Taufe und die der Beziehung zum Staat sowie der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung humanitärer Ziele.

Der Dialog- und Versöhnungsprozess begann 1980 als aus Anlass des 450. Jahrestages des Augsburger Bekenntnisses VertreterInnen von mennonitischen Kirchen die Frage aufwarfen, wie sie in die Feiern einstimmen sollten, wo doch das gefeierte Dokument die täuferisch geprägten Kirchen und deren Lehren ausdrücklich verurteilte. Im Jahr 2002 gründete der LWB-Rat zusammen mit der Mennonitischen Weltkonferenz die Internationale lutherisch-mennonitische Studienkommission.

Neuer Generalsekretär aus Chile

Der chilenische Pfarrer Martin Junge ist zum achten Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB) gewählt worden. Mit Junge wurde zum ersten Mal ein Vertreter der Region Lateinamerika und Karibik zum Generalsekretär gewählt. Seine Amtszeit beträgt sieben Jahre. Er wird Nachfolger von Pfr. Dr. Ishmael Noko, der im Oktober 2010 seine Amtszeit beendet.

Die Wahl des neuen Generalsekretärs durch den 49-köpfigen LWB-Rat fand am Montag, den 26. Oktober statt. Der 48-jährige Theologe ist seit September 2000 Gebietsreferent für Lateinamerika und die Karibik der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung. Schwerpunkte seiner Arbeit als Gebietsreferent lagen auf der Konsolidierung und Neuausrichtung der Arbeit in der Region sowie in der Entwicklung und

Profilierung des von den lateinamerikanischen LWB-Mitgliedskirchen unterhaltenen anwaltschaftlichen Programms, das sich mit den illegitimen Auslandsschulden in Lateinamerika und der Karibik auseinandersetzt. Von 1996 bis 2000 war Junge Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile. Nach seiner Ordination zum Pfarrer 1989 arbeitete er bis 2000 in Gemeinden in Santiago de Chile. Von 1980 bis 1986 studierte Junge Evangelische Theologie in Göttingen. Martin Junge ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Vatikan:

Menschenrechte vor Vetorecht

Der ständige Vertreter des Vatikan bei den Vereinten Nationen, Erzbischof Celestino Migliore, hat sich in New York für eine wesentliche Einschränkung des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausgesprochen. Vor der 64. Sitzung der UNO-Generalversammlung plädierte er dafür, dass zwei Stimmen der Ständigen Mitglieder des Rates ausreichen sollten, um eine Intervention in Fällen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und ähnliche Delikte zu ermöglichen. Damit würden den Menschenrechten ein Vorrang gegenüber der Souveränität der Staaten eingeräumt. In seiner Rede hieß es: „Die Erfahrung zeigt ..., dass es gute Gründe gibt, Positionen zugunsten einer Reform des Vetos voranzutreiben, mit dem Ziel, den Gebrauch zu begrenzen. Bei so vielen Gelegenheiten in der Geschichte hat die Anwendung eine Lösung ausgebremst oder sogar verhindert.“

Männernetzwerk: Gegen Gewalt an Frauen

Nobelpreisträger Desmond Tutu ist dem von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon initiierten Netzwerk gegen Gewalt an Frauen beigetreten. In einem Video-Clip erklärte er aus Anlass des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November: „Du bist ein schwacher Mann, wenn Du Deine physische Überlegenheit nutzt, Frauen anzugreifen und zu vergewaltigen. Eine Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen erlaubt, ist eine Gesellschaft auf dem Weg in den Abgrund.“ (www.unmultimedia.org/tv/unifeed/d/13964.html)

Generalsekretär Ban erklärte, dass 70% aller Frauen in ihrem Leben Gewalterfahrungen durch Männer machten, meistens durch Ehemänner, Partner oder Bekannte. „Gewalt gegen Mädchen und Frauen wird nicht verschwinden, solange wir alle –

Männer und Jungen – nicht aufhören, sie zu tolerieren“, erklärte er bei der Vorstellung des neuen Netzwerkes, das ein Teil der von ihm 2008 initiierten Kampagne ‚UNiTE to End Violence against Women‘ ist. Er forderte religiöse Gruppen und Regierungen, Frauenorganisationen, junge Menschen, der Privatsektor, Künstler, die Medien und die Vereinten Nationen auf, dem Netzwerk beizutreten, um das Bewusstsein und den politischen Willen zu stärken, Gewalt gegen Mädchen und Frauen anzuprangern und zu verhindern.

Aus Anlass des Internationalen Tages erklärte die World Young Women's Christian Association (World YWCA), die Eliminierung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu einer vordringlichen Aufgabe. Auch wenn die häufigste Form der Gewalt gegen Frauen häusliche Gewalt sei, seien Mädchen und Frauen in allen Lebenslagen von Gewalt betroffen. Gemeinsam mit dem Weltkirchenrat und der World Student Christian Federation wird die Website www.overcomingviolence.org vom 17. Februar bis 4. April 2010 Filme und Texte aus Kolumbien, Indien, Demokratische Republik Kongo und Neuseeland zum Thema „Gewalt an Frauen“ bereitstellen. Es gelte, Gewalt gegen Frauen als das zu bezeichnen, was sie sei, eine Sünde, und das Schweigen, das sie traditionellerweise umgibt, zu brechen, so Fulata Mbanjo Moyo, vom Programm „Frauen in Kirche und Gesellschaft“ des OeRK. Bischöfin Käßmann erklärte, Frauen dürften nicht ein zweites Mal deshalb zu Opfern werden, weil erlittene Ungerechtigkeit verschwiegen, nicht ernst genommen oder gar verharmlost werde.

Russisch-Orthodoxe Kirche: Probleme wegen Frau im Amt

Die Wahl von Bischöfin Margot Käßmann zur Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat zu Irritationen im Verhältnis der russisch-orthodoxen Kirche zu den Lutheranern geführt.

Der neue Leiter des Außenamtes der russisch-orthodoxen Kirche, Erzbischof Hilarion Alfeyev erklärte „Wir anerkennen keine Frauenordination noch anerkennen wir ein Bischofsamt für Frauen“. Zwischenkirchliche Beziehungen mit der EKD könnten zwar fortgesetzt werden, aber es sei unwahrscheinlich, dass der Patriarch mit der Bischöfin und EKD-Ratsvorsitzenden zusammentreffe. Zu Begegnungen war es freilich früher im Zentralausschuss des OeRK gekommen, in dem sowohl die jetzige EKD-Ratsvorsitzende Käßmann als auch der jetzige russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. Mitglieder waren. An Zentralausschusssitzungen hatte auch Alfeyev teilgenommen.

Käßmann zeigte sich über die Reaktion der russisch-orthodoxen Kirche überrascht. „Oekumene heißt, auch unterschiedliche Kirchen- und Amtsverständnisse zu akzeptieren“, sagte sie. Sie akzeptiere, dass manche Kirchen keine Frau an ihrer Spitze zuließen.



Der bisherige Generalsekretär Dr. Ishmael Noko gratuliert seinem Nachfolger Pfr. Martin Junge aus Chile zur Wahl als künftiger Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes

Umgekehrt erwarte sie aber auch, dass akzeptiert werde, dass dies bei anderen Kirchen möglich sei, unterstrich sie. „Der gegenseitige Respekt ist die wichtigste Grundlage für die Ökumene.“ 2002 hat Margot Käßmann ihr Mandat im Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen niedergelegt, weil sie den „Abschlussbericht der Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im OeRK“ nicht mittragen konnte. Sowohl in Fragen der eucharistischen Gemeinschaft wie auch der Frauenordination waren schon damals große Unterschiede erkennbar.

Die EKD hat die Äußerungen aus dem russisch-orthodoxen Außenamt als „unangemessen“ bezeichnet. Käßmann und EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte erinnerten in einem Schreiben an den Moskauer Patriarchen Kyrill I. daran, dass die gegensätzlichen Auffassungen über die Stellung der Frau in der Kirche bisher kein Hindernis für den Dialog gewesen seien.

Der stellvertretende Außenamtsleiter des Moskauer Patriarchats, Philipp Rjabych sagte, die russisch-orthodoxe Kirche sei beunruhigt über die „Liberalisierungsprozesse, die in den westlichen Kirchen passieren“. Die Wahl von Bischöfin Käßmann zur Ratsvorsitzenden der EKD sei eine „Herausforderung“. Dennoch habe das Moskauer Patriarchat nicht die Absicht, sich zu isolieren und den Kontakt abzubrechen, fügte er hinzu. Die Beziehungen müssten aber neu gestaltet werden.

Vereinigte Arabische Emirate: Frauen werden Muftis

In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde jetzt beschlossen, dass Frauen Muftis werden können. Die Emirate sind damit das dritte mehrheitlich islamische Land, in dem – staatlich anerkannt – Frauen religiöse Rechtsgutachten abgeben dürfen. Im Januar wollen zunächst sechs Frauen mit der entsprechenden Ausbildung beginnen, berichtet die Dubaier Tageszeitung „The National“; bis Ende 2010 sollen sie für die Rechtsprechung qualifiziert werden. Geleitet wird das Ausbildungsprogramm vom Großmufti der Emirate, Ahmed al-Haddad. Schon Februar 2009 hatte al-Haddad eine Fatwa erlassen, wonach Frauen Muftis werden können. Er hatte Frauen aufgerufen, sich für die Ausbildung zu bewerben. „Die Geschichte des Islam ist voll von Beispielen gebildeter Frauen, die als Muftis handelten“, so al-Haddad. Es sei offensichtlich, dass eine Frau – genauso wie ein Mann – Tugenden bestimmen und Sünden bestrafen könne. 2005 waren in der Türkei erstmals Frauen zu Vize-Muftis ernannt worden, in Ägypten, wo weibliche Religionswissenschaftlerinnen seit Jahren vergeblich darum kämpfen, dass Frauen für das Amt des Muftis zugelassen werden, war im vergangenen Jahr erstmalig eine Frau zum „Masun“ (islamischer Standesbeamter) ernannt worden. Die Regierung Marokkos hat 2007 begonnen, weibliche

religiöse „Führer“ zu lizenzieren. Am Kolleg für Sharia und Islamische Studien von Qatar ist mit Aisha Al-Mannai eine Frau Dekanin.

Rom und Canterbury: Dialog soll weitergehen

Benedikt XVI. und das Ehrenoberhaupt der Anglikaner, der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, betonten aus Anlass von Williams Besuch in Rom ihren gemeinsamen Willen, die Beziehungen weiter zu verstärken. Das Treffen in Rom sei herzlich gewesen, hieß es. Es habe sich auf die jüngsten Vorkommnisse konzentriert. Die im Oktober verkündete Errichtung von so genannten Personalordinariaten – eine Art römisch-katholischer Diözese – und damit die Vereinfachung des Übertritts von Anglikanern zur katholischen Kirche unter Beibehaltung bestimmter Elemente ihrer Tradition, hatte die Beziehungen zwischen beiden Kirchen belastet. Erzbischof Williams hatte den päpstlichen Vorstoß als „phantasievoll“ bezeichnet und laut Radio Vatikan gesagt, dies werde nach seiner Einschätzung nicht zu Massenübertritten führen.

Bei seinem dreitägigen Besuch in Rom hatte Rowan Williams auch einen gemeinsamen Gottesdienst mit dem Ökumene-Verantwortlichen im Vatikan, Kurienkardinal Walter Kasper, gefeiert. Den neuen Regeln zufolge dürfen Konvertierte in diesen Ordinariaten, die aufgrund der am 9. November veröffentlichten Apostolischen Konstitution „Anglicanorum coetibus“ errichtet werden sollen, ihre anglikanische Liturgie und ihre spirituellen Traditionen behalten, soweit diese der katholischen Lehre nicht widersprechen. Auch die Weihe von verheirateten, ehemals anglikanischen Geistlichen zu katholischen Priestern sowie der Übertritt ganzer anglikanischer Ordensgemeinschaften, werden damit erleichtert. In einem Vortrag in der päpstlichen Universität Gregoriana sagte der anglikanische Primas, die römisch-katholische und die anglikanische Kirche stünden sich näher, als der Vatikan eingestehe. Es gebe zwar theologische Unterschiede, aber sie rechtfertigten nicht die Spaltung.

Australien: Kirchenkritik an Streubomben- produktion

Heftige Kritik aus den Reihen der australischen Uniting Church, der drittgrößten Kirche des Kontinents, hat die Vergabe eines Kredites über 37,5 Mill. US-\$ der „Australia and New Zealand Bank (ANZ)“ an die Firma Lockheed Martin hervorgerufen, die Streubomben produziert. Nach Angaben von Mark Zirnsak, dem Direktor der Abteilung „Gerechtigkeit und Internationale Mission“ der Synode von Viktorien und Tasmanien, wolle die Bank zwar die Produktion von Streubomben nicht direkt finanzieren, halte aber daran fest, entsprechende Firmen mit

Kredit zu versorgen. Die Uniting Church ist Anteilseigner an der ANZ-Bank. Ihr öffentlicher Protest kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem das australische Parlament eine Empfehlung beschließen will, um australische Investitionen in die durch internationales Recht verbotene Produktion, den Handel und Einsatz von Streubomben zu verbieten. Zirnsak kritisierte, die ANZ-Bank wolle zwar nicht als eine Institution erscheinen, die die Herstellung von Streubomben ermögliche. Zugleich aber wolle sie weiter Gewinne erzielen mit Firmen, die an deren Herstellung beteiligt sind. Zirnsak hatte 2007 mit der Bank über ein Desinvestment in Firmen verhandelt, die Streubomben herstellen. Erst jetzt habe er erfahren, dass die Bank zur gleichen Zeit den entsprechenden Kredit an die Rüstungsfirma vergeben habe, ohne ein einziges Wort darüber verlauten zu lassen.

Anglikaner: Kritische Abschätzung der Folgen von Bauxitabbau für einheimische Bevölkerung

Die Kirche von England untersucht zur Zeit die Folgen, die eine groß angelegte Investition im Nordosten Indiens für die örtliche Bevölkerung nach sich ziehen würde. Dies bestätigte der anglikanische Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams. Es handelt sich dabei um den geplanten Bauxitabbau durch die Minengesellschaft Vedanta.

In den indischen Niyamgiri Bergen leben etwa 8000 Angehörige des Volkes der Dongria Kondh. Der Niyamgiri Berg ist in ihrer Kultur von großer Bedeutung. Sie schützen und verehren den Berg als heilige Gottheit und sehen sich als Nachfahren des Berggottes an. Der Schutz des Waldes ist seit Jahrtausenden zentraler Bestandteil ihrer Lebensweise und Religion. Der Gipfel des Niyamgiri Berges, den die Dongria Kondh als Sitz ihres Gottes verehren, ist reich an Eisenerzbauxit. Die britische Bergbaugesellschaft Vedanta plant den Abbau des Erzes. Der Tagebau würde nicht nur die Wälder und Flüsse zerstören, sondern auch die Kultur und Identität der Dongria Kondh. Am Fuß des Berges hat Vedanta bereits eine Bauxit-Raffinerie gebaut. Die Dongria Kondh mussten dafür unter Androhung von Gewalt ihre Dörfer räumen und haben mit ihrem Land auch die Grundlage ihres Lebensunterhalts verloren. Vedanta hat zwar bisher keine Genehmigung vom Obersten Gerichtshof zum Abbau erhalten. Aber das indische Tochterunternehmen Sterlite darf die Arbeit unter bestimmten Auflagen beginnen, darunter die Finanzierung von „Entwicklungshilfe“ für die ansässigen indigenen Gruppen.

Wie andere vertriebene indigene Völker weltweit würden auch sie ihren gegenwärtig noch guten Gesundheitszustand, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und ihr spezifi-

sches Wissen über Berge, Wälder und Ackerbaupraktiken verlieren, das sie seit Generationen tradiert und weiter entwickelt haben. Andere Gruppen der Kondh leiden bereits unter der Bauxittraffinerie, die von Vedanta am Fuße der Niyamgiri Berge betrieben wird.

Weitere Informationen: www.survival-international.de

Pakistan: Blasphemiegesetz lässt Intoleranz wachsen

Die „Kirche von Pakistan“, ein 1970 erfolgter Zusammenschluss von Lutheranern, Anglikanern, Methodisten und Presbyterianern, hat die Regierung in Islamabad aufgefordert, das in bösartiger Weise missbrauchte Blasphemiegesetz zurückzunehmen und für mehr Berechenbarkeit im Justizsystem des Landes zu sorgen. Nur so ließen sich die immensen Spannungen im Land verringern. „Dies ist nicht nur ein Gesetz, das gebraucht und missbraucht wurde und wird. Sogar die Regierung und der Sicherheitsapparat sehen sich bedroht und verspüren kein Bedürfnis, eine Krise zu lösen, wenn sie auftritt“, erklärt Bischof Samuel Azariah, der Moderator der Church of Pakistan. Das umstrittene Gesetz bedroht Personen mit der Todesstrafe, die den Koran, das heilige Buch des Islam, entweiht haben sollen. In einer Erklärung der Kirche heißt es, dass besonders die unteren Gerichtsinstanzen besondere, klare Ausführungsbestimmungen bräuchten, da sie besonders leicht äußeren Einflüssen zu erliegen drohen. Die Aussage eines einzigen Muslims reiche aus, um einen Verdächtigen zu belasten, für lange Zeit ohne Verfahren ins Gefängnis zu bringen, so das in London und in Pakistan ansässige „Centre for Legal Aid Assistance and Settlement“.

Die Organisation hatte im Oktober auch eine Petition an Rory Mungoven, Leiter des Asien-Pazifik-Büros des UN High Commissioner for Human Rights übergeben, die sich gegen das Blasphemiegesetz wendet.

Das Gefühl zunehmender Marginalisierung, sozial und wirtschaftlich, durch religiöse Diskriminierung, habe inzwischen dazu geführt, dass sich einzelne Christen bewaffnet hätten, um sich selbst zu schützen. Die Bischöfe fordern in der Erklärung dazu auf, mit den extremen Gruppen zu sprechen, sie an die miteinander geteilten abrahamitischen Wurzeln zu erinnern und an die vielen Gemeinsamkeiten.

Mitte November wurden Christen, die fälschlicherweise minderschwerer Vergehen beschuldigt worden sind, durch Staatspräsident Asif Ali Zardari begnadigt. Sie wurden aus Gefängnissen in Rawalpindi, Lahore, Sialkot, Peschawar und Karatschi entlassen. Laut „Leben für alle“ befinden sich in Pakistan insgesamt rund 2500 Christen in Haft. Viele könnten sich keine Rechtshilfe leisten. Von den 156 Millionen Einwohnern des Landes sind 95 % Muslime, 3 % Christen und 1,8 % Hindus.

Welthungergipfel: Strukturelle Probleme nicht gelöst

Auf dem Welternährungsgipfel in Rom ist nichts herausgekommen, das den Hunger in der Welt bekämpft, so eine Erklärung von Brot für alle, Swissaid und Alliance Sud. Symptomatisch für den ganzen Verlauf des Gipfels sei, dass die Abschlusserklärung schon zu Beginn verabschiedet wurde. Konkrete Beschlüsse bezüglich Aktivitäten und finanzielle Verpflichtungen seien ausgeblieben. „Die Staatengemeinschaft hat sich offenbar entschieden, den Hunger von Gipfel zu Gipfel zu verwalten, statt ihn zu bekämpfen“, bilanziert Rosmarie Bär von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft der großen Hilfswerke in der Schweiz.

Noch vor Beginn der Konferenz hatte Oxfam Deutschland darauf hingewiesen, dass „die Erfahrung zeigt, dass mehr Marktöffnung, massiver Düngemittleinsatz und neue Technologien den Hunger nicht bekämpft, sondern sogar noch verschlimmert haben – dennoch soll alles beim Alten bleiben“, kritisiert Oxfams Agrarexpertin, Marita Wiggerthale. Oxfam legte auch neue, aktuelle Zahlen über den deutschen Beitrag zur Bekämpfung des weltweiten Hungers vor. „Wenn der Hunger wie versprochen halbiert werden soll, muss bis Mitte 2010 ein Rettungspaket von mindestens 40 Milliarden US-\$ jährlich bereitgestellt werden“, sagt Wiggerthale. Auch die UNO sehe einen Finanzierungsbedarf von 25 bis 40 Milliarden US-\$.

„Die Gipfelerklärung hält zwar daran fest, den Hunger bis 2015 zu halbieren, enthält aber keine handfesten Vorschläge, wie dies erreicht werden soll“, sagt Wiggerthale. Die strukturellen Probleme, die für den Hunger verantwortlich seien, würden nicht angegangen und die Umwelt weiter ausgebeutet. „Leere Versprechen und das Festhalten an alten Rezepten treiben die Entwicklungsländer in immer neue Hungersnöte und massive Umweltprobleme.“ Die Nahrungsmittelkrise des vergangenen Jahres sei ein Beispiel für diese Entwicklung. Ihr Resultat: Anstieg auf eine Milliarde Hungernde.

Miges Baumann von der schweizerischen Organisation „Brot für alle“ kritisiert, dass die Schweiz in ihrer Stellungnahme vor allem betonte, die Privatwirtschaft müsse bei der Lösung der Ernährungsprobleme eine zentrale Rolle spielen. „Dabei ist es die Agroindustrie, die mit Hochdruck auf eine industrialisierte Landwirtschaft mit hohem Landverschleiß hinarbeitet und so wesentlich zum Hungerproblem beiträgt“, so Baumann.

Parallel zum offiziellen Gipfel hatte ein NGO-Forum stattgefunden, an dem 700 VertreterInnen von indigenen Völkern sowie Bauern-, Frauen- und Entwicklungsorganisationen teilnahmen. Anders als der Gipfel hat es konkrete Lösungen vorgestellt. Von der Nahrungskrise Betroffene machten klar, dass

es nicht mehr Liberalisierung und Industrialisierung braucht, sondern eine konsequente Förderung der umweltfreundlichen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Der neue Oxfam-Bericht „Bridging the Divide“ fordert zudem ein politisch gestärktes und finanziell gut ausgestattetes Welternährungs-Komitee. Es müsse in die ökologisch nachhaltige Nahrungsmittelproduktion der Kleinbauern investiert werden. Wichtig seien konkrete länderspezifische Verpflichtungen und eine wirksame Rechenschaftslegung.

Zur der im Mai 2009 lancierten Kampagne der Ecumenical Advocacy Alliance zur Welternährung siehe auch:

www.fian.org/resources/documents/rifn-watch/right-to-food-and-nutrition-watch-2009

Uganda: Gefängnis oder Todesstrafe für gleichgeschlechtlich Liebende

Ein anglikanischer Bischof aus Uganda, Stanley Ntagali aus Masindi-Kitara, hat sich gegen den Vorschlag gewandt, wegen homosexueller Handlungen die Todesstrafe gegen die Beschuldigten zu verhängen, Gefängnisstrafen hingegen verteidigt. Er wolle aber unmissverständlich festhalten, so der Kirchenführer in einem Interview, dass er Homosexualität für inakzeptabel halte. Im ugandischen Parlament wird zur Zeit ein Gesetzentwurf beraten, der die Todesstrafe in Fällen homosexueller Handlungen mit Minderjährigen oder Menschen mit Behinderung vorsieht. Die Todesstrafe halte er nicht für angemessen, eine zeitlich befristete Gefängnisstrafe sei ausreichend, so der Bischof. Schon heute droht im ugandischen Strafrecht Gefängnis, unter Umständen bis zu einer lebenslänglichen Haft, wer gegen diese Bestimmungen verstößt. Der neue Entwurf sieht allein für den Versuch einer homosexuellen Handlung eine siebenjährige Freiheitsstrafe vor. Sollte das Gesetz beschlossen werden, würde auch die Veröffentlichung von Informationen über Homosexualität oder ihre Unterstützung mit sieben Jahren Haft oder hohen Geldstrafen geahndet werden können.

Die geplante Anti-Homosexuellengesetzgebung in Uganda hat die Präsidentin der Delegiertenkonferenz der Episcopal Church in den Vereinigten Staaten, Bonnie Andersen, als eine „schreckliche Verletzung der Menschenrechte einer ohnehin schon verfolgten Minderheit“ verurteilt. Andersen war neben Bischöfin Schori, Primas Rowan Williams und dem ugandischen Erzbischof Orombi Mitte November aufgefordert worden, gegen die Gesetzesinitiative zu protestieren und folgte dem Aufruf als erste.

Bei Meldungen aus der internationalen Ökumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Bremer Friedenspreis für Partner aus Südafrika

Mit der Verleihung des von der Stiftung „die Schwelle“ gestifteten Bremer Friedenspreises an Bischof Rubin Phillip aus Südafrika wurde im Oktober der Vorsitzende des Kirchenrats in der Provinz Kaul Natal für sein Engagement gegen Ausländerhass und Gewalt, für Solidarität mit Zimbabwe geehrt. Bischof Rubin ist der ehemalige Vorsitzende unserer Partner-einrichtung Diakonia Council of Churches in Durban, mit der auf Betreiben der Oekumenischen Initiative das mehrere kirchliche Einrichtungen zusammenfassende „forum Kirche“ seit Mai 2009 eine institutionelle Partnerschaft eingegangen ist. In seinem Beisein wurde die von beiden Seiten diskutierte Vereinbarung über das gemeinsame Verständnis der Partnerschaft im Sinne gegenseitiger Rechenschaftslegung auf dem Hintergrund globaler Herausforderungen unterzeichnet. Gewalttätige Übergriffe auf und willkürliche Festnahmen der zum ANC in Opposition stehende Vertreter der Bewohner einer illegalen Siedlung in Durban (www.abahlali.org) veranlassten Bischof Rubin zusammen mit dem Diakonia Council of Churches zu Protest- und Mahngottesdiensten vor dem Gericht in Durban, um die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen, rechtsstaatliche Prinzipien und Respektierung demokratischer Rechte anzumahnen. Mit Protestschreiben an die Südafrikanische Botschaft unterstützt die Oekumenische Initiative die Partner in Südafrika (www.diakonia.org.za).

Pilgerfahrt zum Oekumenischen Kirchentag: „Mit Drahtesel und Eisenbahn“

Vom 6. Mai bis 12. Mai 2010 wollen sich Bremer Oekumene-Engagierte auf den Weg zum Oekumenischen Kirchentag nach München machen: In einer Fahrrad-Bahn Kombinationstour sollen über das Kloster Loccum weitere Stationen im protestantischen Thüringen und katholisch geprägten Bayern erreicht werden. Inhaltliche Bezugspunkte der Stationen sowie auch einer für März/April geplanten Veranstaltungsreihe im forum Kirche sind die Themen „Globales Wirtschaftsethos“, das Friedenspotential der Religionen, der Beitrag der Kirchen für einen zukunftsfähigen Lebensstil und die Frage nach den Chancen der Oekumene.

Klima - Krise - Kopenhagen

Im Dezember werden einige Bremer Kirchengemeinden den Aktionsvorschlag des

Oekumenischen Rates der Kirchen aufgreifen, sich an der weltweit die Kirchen verbindenden Aktion der 350 Glockenschläge zu beteiligen. Die Begrenzung der Kohlendioxid-Emissionen auf 350 ppm (parts per million) ist Bezugspunkt der Aktion, um diese Höchstgrenze für eine ungefährliche CO₂-Konzentration in unserer Atmosphäre einzufordern. Die evangelische Landeskirche geht bereits mit ihrer zentralen Beschaffung neue, ökofaire Wege und ist damit am bundesweiten kirchlichen Projekt „Zukunft einkaufen“ beteiligt.

Mit Blickrichtung auf die Folgen der Klimaveränderungen für den afrikanischen Kontinent werden im wöchentlichen Turnus ab 21. April vier Veranstaltungen durchgeführt zu Problemen der Nahrungssicherheit, der Chancen/Risiken ökologischer Großprojekte (desertec) und der Rechenschaftspflicht des Regierungshandelns in Afrika. Die Abschlussdiskussion am 19. Mai wird die Folgerungen der Klimakonferenz für Afrika und die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf Erfüllung des 8. Millenniumsentwicklungsziels, einer fairen globalen Partnerschaft, thematisieren.

UWE IHSEN

Kontakt: Oekumenische Initiative Bremen

Evangelisches Bildungswerk im forum Kirche

Hollerallee 75, 28209 Bremen, Tel.: 0421/3 46 15 36

Fax: 3 46 15 38, www.oekumenische-initiative.de

► Niedersachsen

Auftrag der Kirche und Armut

Das Oekumenische Netz in Niedersachsen hat sich im Jahr 2009 auf fünf Treffen mit dem General-Thema „Der Auftrag der Kirche angesichts wachsender Armut in unserer Gesellschaft“ befasst. Zwei Schwerpunkte schälten sich dabei heraus: Erstens, wie kann sichergestellt werden, dass angesichts kirchlicher Spardebatten und neuer Zuweisungsrichtlinien die kirchliche Diakonie nicht gegenüber anderen Arbeitszweigen (z.B. Kultur) unterfinanziert wird. Dazu haben wir ein Papier erarbeitet, das durch den kirchlichen Instanzenweg auf die Beschlussfassung der Kirche einwirken soll.

Zweitens sehen wir, dass die Kirche angesichts der wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft auch ein Wächteramt der politischen Diakonie hat. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unsere Formel dafür war: „Helfen unter Protest“.

Nach Versuchen, im Bereich der politischen Diakonie zu eigenen Formulierungen zu kommen, haben wir uns dem Aufruf „Fair Teilen, statt sozial Spalten“ des ökumeni-

schen Netzwerks zum Oekumenischen Kirchentag 2010 angeschlossen und unterstützen diese Initiative ideell, finanziell und personell.

Auf unserem ersten Treffen 2010 wollen wir uns dem leider wieder aktuellen Thema „Gefahren der Atomwirtschaft“ zuwenden, das bei uns in Niedersachsen wegen Gorbelen immer wieder auf der Tagesordnung gestanden hat.

DR. GÜNTHER OVERLACH

Kontakt: Oekumenisches Netz in Niedersachsen

Moderator und Geschäftsführer, Am Lindenhofe 18

30519 Hannover, Tel.: 0511/8 48 71 08

g.g.j.overlach@t-online.de

► Westfalen

Oekumenisches Lernen durch Begegnung und Projektarbeit

„Unterwegs zu Freunden ... Fairplay in Europa“ - unter diesem Motto stand die Europäische Jugendbegegnung 2009. Zum ersten Mal trafen sich rund 50 Jugendliche und ihre Begleiter aus Weißrussland, Russland, Rumänien, aus der Slowakei und den Kirchenkreisen Herford und Vlotho während der Herbstferien in der Berghütte in Rödinghausen. „Freunde zu finden“, war ihr übereinstimmender Wunsch beim ersten Kennenlernen. Zunächst galt es Sprachbarrieren zu überwinden. Dabei erwies sich die Zweisprachigkeit mancher deutscher Jugendlicher mit Migrationshintergrund als großer Vorteil. Da sie zuhause oft noch Russisch sprechen, konnten sie nun dolmetschen. Erstaunt entdeckten die Jugendlichen, dass sie sich viel ähnlicher sind, als sie zunächst gedacht hatten: „Wir hören sogar dieselbe Musik“. Während die einen bereits in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv waren, kamen andere erstmals mit Gebet und Gottesdienst in Berührung. Inhaltlich befassten sich die Jugendlichen zunächst - ausgehend von der Lebensgeschichte Dietrich Bonhoeffers - mit der deutschen und europäischen Geschichte seit 1933. Was die nationalsozialistische Gewaltherrschaft für die Menschen jüdischen Glaubens damals bedeutete, erfuhren sie im Gespräch mit zwei Holocaust-Überlebenden aus Herford. Beim Besuch später in der Kölner Synagoge hörten die meisten der Jugendlichen zum ersten Mal, wie Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland leben und ihren Glauben praktizieren. Über die Folgen von Gewaltherrschaft, Krieg und Holocaust, aber auch die Teilung Deutschlands informierten sie sich im Haus der Geschichte in Bonn. Wie wichtig es ist, auf der richtigen Seite zu stehen und mutig zu handeln, wurde vielen Jugendlichen in ihrer weitergehenden Beschäftigung mit dem Leben Bonhoeffers bewusst.

Zugleich lernten die jungen Menschen in der Begegnung mit Mitarbeitern der Aktion

Sühnezeichen – Friedensdienste, des Internationalen Versöhnungsbundes und der Mendel-Grundmann-Gesellschaft in Vlotho, wie konkrete Versöhnungsarbeit heute geschieht. In der Gestaltung einer Skulptur, die vor dem Evangelischen Gemeindehaus in Vlotho-Valdorf aufgestellt wurde, setzen einige der Jugendlichen ein Zeichen dafür, dass jeder Mensch in seiner Individualität zu respektieren ist und dass die Menschen aus den verschiedenen Ländern Europas zusammengehören. Nicht nur die Geschichte verbindet, sondern auch die Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben heute und in Zukunft. Diesem Wunsch gaben die Jugendlichen Ausdruck beim Internationalen Länderfest in Vlotho-Valdorf: Miteinander hatten sie eine große Brücke gebaut aus vielen Kartons, die in Bildern und Zeichnungen die persönliche Handschrift der Brückenbauer zeigt. Die Hoffnung auf Frieden symbolisiert auch ein zwei Meter hohes Holzkreuz, das andere Jugendliche zusammen mit der Herforder Künstlerin Anke Stratmann-Horn erarbeitet haben. Es besteht aus einzelnen Reliefblöcken, in denen sich die Erfahrungen Dietrich Bonhoeffers widerspiegeln.

Über eine Internetplattform werden die Jugendlichen miteinander in Kontakt bleiben bis zur nächsten Europäischen Jugendbegegnung im Herbst 2010 in der Slowakei zum Thema „Klimawandel und Schöpfungsverantwortung“. Nur durch direkte Begegnung, die Wahrnehmung ihrer jeweiligen Länderkontexte und durch gemeinsam erarbeitete Projekte geschieht ökumenisches Lernen unter Jugendlichen. Deshalb wurde diese Europäische Jugendbegegnung in Zusammenarbeit zwischen der Regionalstelle für Mission, Oekumene und Weltverantwortung (MOeWe) und den beiden synodalen Jugendreferaten der Kirchenkreise Herford und Vlotho gemeinsam vorbereitet und durchgeführt.

DR. CHRISTIAN HOHMANN

Kontakt: MOeWe-Regionaldienst, Amt für Mission Oekumene und kirchliche Weltverantwortung (MOeWe) der Ev. Kirche von Westfalen, Olpe 35
44135 Dortmund, Tel.: 02 31 / 54 09-70, Fax: -21
info@moewe-westfalen.de, www.moewe-westfalen.de

► Sachsen

OelZ zum Ökumenischen Kirchentag nach München

Unter dem Motto: „Damit Ihr Hoffnung habt“ feiern Christen vom **12. bis 16. Mai 2010** in München den 2. Ökumenischen Kirchentag. Das Ökumenische Informationszentrum wird zusammen mit dem Ökumenischen Zentrum Oldenburg einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten haben. Zusammen mit dem Diözesanrat des Bistums Dresden-Meißen wird am **14. Mai 2010** ein Forum zu den Themen Gerechtig-

keit und Frieden und Bewahrung der Schöpfung mitgestaltet.

Vielleicht für viele Teilnehmer des Kirchentages aus Sachsen und Dresden interessant: eine ökumenische Reise von Sonntag, dem **9. bis 12. Mai 2010** nach München. Dabei soll bei den unterschiedlichen christlichen Kirchen in Bautzen, Herrnhut, Prag, Pilsen, Regensburg und Kloster Weltenburg Station gemacht werden. Ziel dieser Reise ist es, die Vielfalt christlicher Kirche persönlich in Deutschland und Tschechien kennen zu lernen, um dann in München offen für Neues zu sein. Die Idee für diese Reise kommt von den sächsischen Sibiu-Delegierten zur 3. EOeV 2007.

Nach dem Kirchentag möchte das Ökumenische Informationszentrum alle Kräfte sammeln, um am Samstag, dem **19. Juni 2010** den 20. Geburtstag des OeIZ und den 15. Geburtstag des Ladencafés aha gemeinsam zu feiern.

ANNEMARIE MÜLLER

Kontakt: Ökumenisches Informationszentrum e.V.

Referat Frieden, Kreuzstr. 7, 01067 Dresden

Tel.: 0351/492 33-65; Fax: -60

frieden.oeiz@infozentrum-dresden.de

www.infozentrum-dresden.de

► Mittelrhein

Wechsel zum Oeko-Strom

Am 15. November fand in Ratingen das Regionaltreffen zum Konziliaren Prozess im Evangelischen Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann statt unter dem Thema „Mein Wechsel zum Oeko-Strom“. Als Referent hat Dr. Manfred Linz vom Wuppertal-Institut die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vorgestellt. In seinem Vortrag nannte er die politische Dimension des Erkennens und Handelns gegenwärtig als vordringlich, weil wichtige Entscheidungen keinen Aufschub mehr dulden. Wenn Menschen heute meinen, angesichts der globalen Entwicklungen nichts ausrichten zu können, dann sollen sie jetzt die Möglichkeit ergreifen, sich einer Umweltinitiative anzuschließen und deren Forderungen nach konsequentem politischem Handeln im Energiesektor und der Klimapolitik Nachdruck zu verleihen. In fünf Arbeitsgruppen wurden anschließend praktische Schritte sowie spirituelle Orientierung vertieft.

Zeitgleich hat sich der Sprecherinnenkreis des Netzes daran gemacht, anhand des ersten Entwurfs für eine internationale Ökumenische Erklärung an dem Reflexionsprozess über Bedeutung und Praxis gerechten Friedens teilzunehmen. Die spirituelle und trinitarische Fundierung des Entwurfs wurde sehr positiv aufgenommen, ebenso die darin gebotene umfassende Konzeption einer neuen Friedenskultur der Kirchen. Zugleich wurde aber als Mangel benannt, dass drin-

gend erforderliche konkrete Positionierungen fehlen, sowohl was die Auswirkungen des gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftssystems als auch die aktuellen zwischenkirchlichen Beziehungen betrifft. Deswegen hat sich der Sprecherinnenkreis entschieden, eine Stellungnahme zu verfassen. Sie beinhaltet 1. die Zustimmung zu der bündigen und überzeugenden Gesamtkonzeption einer christlichen Friedenskultur, 2. eine Bemängelung der Standortbestimmung (Punkt 10 und 11 der Erklärung), weil sie wichtige Elemente der Meinungsbildung im Konziliaren Prozess (Amsterdam, Basel und Porto Alegre) übergeht und damit die Standortbestimmung nicht wirklich trifft und 3. eine Kritik wegen fehlender konsequenter Positionierungen und konkreter Aufgabenbeschreibungen bzw. Selbstverpflichtungen speziell in den Bereichen ökonomischer Gerechtigkeit und zwischenkirchlicher Friedensschlüsse.

Die Frühjahrstagung des Netzes wird am **13.03.2010** in St. Augustin (bei Bonn) gemeinsam mit dem Evangelischen Kirchenkreis an Sieg und Rhein in Form eines Workshoptages zum Gerechten Frieden stattfinden. Zur Beteiligung eingeladen sind u. a. das Jugendreferat und das Schulreferat sowie das Diakonische Werk des Kirchenkreises und Pax Christi Köln sowie evangelische und katholische Gemeinden in der Region. Der Workshoptag will Kirchengemeindeglieder mit den wesentlichen Inhalten der konzipierten neuen Kultur des Friedens bekannt machen und ihnen zu diesem Zweck Initiativen vorstellen, die als Beispiele auf dem Weg dienen können..

D. ENDEMANN / E. DISCHLER

Kontakt: Ökumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler, Immermannstr. 7, 41516 Grevenbroich

Tel.: 0 21 82 / 25 90, Fax: 0 21 82 / 27 45

OekumNetzMittelrhein@t-online.de

► Rhein Mosel Saar

„Gerechter Friede“ in einem ungerechten System?

Anmerkungen zum 1. Entwurf der Internationalen Ökumenischen Erklärung zum gerechten Frieden

Allein schon die Tatsache, dass sich die Kirchen weiter an den komplizierten und kontroversen Überlebensfragen der Menschen / der Menschheit abarbeiten, wie sie in den „konziliaren“ Begriffen Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung zum Ausdruck kommen, verdient Anerkennung. Darin wird ein Verständnis von Oekumene deutlich, das sich nicht auf kirchliche Binnenräume beschränkt, sondern die Welt – Schöpfung und Zusammenleben der Menschen – als Ort der Oekumene und die Kirchen im Dienst dieser Oekumene begreift. Wir sehen darin ein kaum zu unter-

schätzendes Verständnis von Oekumene, das in den deutschen Kirchen noch lange nicht selbstverständlich ist.

Wichtige und mutige Impulse sehen wir in den biblischen Reflexionen, die den Text begleiten. Deutlich wird „die unauflösbare Spannung zwischen dem Frieden Gottes und der ‚pax romana‘“ (Nr. 5) benannt. Der Friede Christi ist eben ein anderer Friede als der Herrschafts- und Unterwerfungsfriede des römischen Imperiums. [...]

Umso überraschender ist es, dass diese kritischen biblischen Perspektiven im Text nicht durchgehalten werden. Dies gilt sowohl für den theologischen Ansatz bei der Perichorese wie für die Analyse der globalen Situation:

Der Denkansatz bei der Perichorese bleibt einem idealistisch-spekulativen Urbild-Abbild-Denken verhaftet. „Das harmonische Verhältnis unter den Personen der Dreieinigkeit“ als Urbild spiegelt sich „in den Beziehungen der Gemeindeglieder“ (Nr. 49) als Abbild wider. Dem entspricht dann ein idealistischer Vergleich zwischen der idealen Wirklichkeit des Urbildes und der unvollkommenen Wirklichkeit des Abbildes. Beim Aufbau des Friedens geht es dann ausgesprochen harmonisch zu, kommt es doch darauf an, „Beziehungen, die den oikos zum Spiegel der Dreifaltigkeit machen, auszuweiten und zu vervollständigen“ (Nr. 25). [...]

Auch da, wo vorsichtig die Frage nach Ursachen von Gewalt angesprochen wird, bleiben die Antworten analytisch wenig erhellend. Da steht dann „die Boshaftigkeit des menschlichen Herzens“, ein „unersättlicher Konsum“ neben den „Auswirkungen der früheren Politik der strukturellen Anpassung“ (Nr. 32). Abgesehen davon, dass von „früher“ im Blick auf die neoliberale Strukturanpassungspolitik nicht gesprochen werden kann, nimmt der Text die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für die Eskalation von Gewalt nicht in den Blick. [...]

Warum formuliert der Text nicht die Erfahrungen und Einsichten, die nicht erst seit der jüngsten sog. Finanzkrise mit ihren verheerenden sozialen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf dem Tisch liegen? [...]

Ähnlich unzureichend wie die Analyse bleiben die Orientierungen. Sie bleiben zu sehr in unverbindlichen, weil ohnmächtigen ethischen Orientierungen stecken. [...]

Von ihrer eigenen Tradition könnten die Kirchen lernen, Gott und Götzen zu unterscheiden: In der Analyse der globalen Situation könnten sie zu der Einsicht kommen, dass die Verwertung des Kapitals zum sich selbst verabsolutierenden und tendenziell alles zerstörenden Götzen geworden ist. Dann aber können ethische Orientierungen nur auf der Grundlage eines entschiedenen und widerständigen Neins zu einem System gewonnen werden, das dabei ist, das Leben von immer mehr Menschen und die Grundlagen des Lebens zu zerstören. Der Processus Confessionis hatte dazu die Türen

geöffnet. Die Kirchen haben es offensichtlich nicht gewagt, durch diese Türen hindurchzugehen.

Von einem kontextuellen Bekenntnis her könnte deutlich werden, was ethisch nicht verhandelbar ist und Perspektive für eine wirtschaftliche, politische und kulturelle neue Orientierung werden muss: das Recht aller Menschen auf Leben und Zugang zu den Gütern, die sie zum Leben brauchen, die gegenseitige Anerkennung von Menschen als bedürftige und soziale Wesen, die nur gemeinsam (über-) leben können.

VORSTAND DES OEKUMENISCHEN NETZES
RHEIN MOSEL SAAR E.V.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.
Pfarrer Werner Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied
Tel.: 026 31/35 41 40, Fax: 0180/50 60 33 59 93 76
info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Zum ersten Entwurf der ökumenischen Friedenserklärung

Das Oekumenische Netz Württemberg (OeNW) hat eine 11-seitige Stellungnahme zum ersten Entwurf der ökumenischen Friedenserklärung erstellt und am 26.11.2009 in seiner Vollversammlung beschlossen. Besondere Zustimmung findet darin zum einen der weltweite, ökumenisch angelegte Beteiligungsprozess für die Entstehung der Erklärung, zum anderen, dass die konziliaren Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung so umfangreich entfaltet werden wie bei kaum einer kirchlichen Verlautbarung zuvor. Ausdrücklich begrüßt wird, dass mit der Erklärung endlich eine weltweite offizielle Kirchenposition und ein Bekenntnis zu den konziliaren Themen vorliegt wird.

Konkret herausgearbeitet wurden jedoch einige fehlende Aspekte, die in einer wegweisenden ökumenischen Erklärung besondere Bedeutung haben, z. B. die Bedeutung der „Neuen Kriege“ im Dienste von Wirtschaftsinteressen, der Neoliberalismus als Bedrohung von Gerechtigkeit und Frieden, die Rolle der Menschenrechte und die Wichtigkeit der sozialen Gerechtigkeit.

HUBERT MOHS

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg
c/o Silvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 071 33/210 68

► Oekumenisches Netz in Deutschland

OeNiD-Jahresversammlung im Oktober 2009 in der Oekumenischen Werkstatt in Warburg-Germete

Knapp 30 TeilnehmerInnen aus Oekumenischen Netzen, Organisationen und Gruppen trafen sich am letzten Wochenende im Oktober zur jährlichen Versammlung des Oekumenischen Netzes in Deutschland.

Die Vorbereitung auf die Internationale Oekumenische Friedenskonvokation 2011 in Kingston, Jamaika, bildete den Schwerpunkt der Tagesordnung.

Hans Ulrich Gerber vom Oekumenischen Rat der Kirchen in Genf referierte zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ und der Bedeutung der 2. IOEFK sowie der „Erklärung zum gerechten Frieden“

Ulrich Duchrow von Kairos Europa stellte seine kritisch-konstruktive Kritik des 1. Entwurfs der „Erklärung zum gerechten Frieden“ vor. Daraus entstand während der Jahresversammlung der Vorschlag des Oekumenischen Netzes in Deutschland für die 2. Fassung der Oekumenischen Erklärung „Leben in gerechtem Frieden“.

Dirk Rademacher, Beauftragter der EKD für die IOEFK, führte in die Stellung der EKD im Vorbereitungsprozess für die IOEFK ein. In der Diskussion mit Ulrich Gerber und Dirk Rademacher konnten einige Fragen geklärt werden und unser Verständnis für die Zusammenhänge vertieft werden.

Die OeNiD-Broschüre, in der das deutschlandweite Netz mit seinen Gruppen vorgestellt wird, hat einen Umfang von 100 Seiten im Format A4 und kann zum Preis von Preis 3,- Euro pro Exemplar zzgl. Porto bezogen werden bei:

Kairos Europa
Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg
Tel.: 0 62 21/71 60 05, Fax: -71 60 06
info@kairoseuropa.de

Das OeNiD wird auf dem Oekumenischen Kirchentag 2010 in München mit einem eigenen Stand vertreten sein. Auf dem OeKT wird es einen Friedenstag geben, der auf Kingston weist, den eine kleine Gruppe aus dem Offenen Forum vorbereitet. Der neue Generalsekretär des OeRK hat schon zugesagt zu kommen. Und Andreas Zumach auch.

Zur nächsten Jahresversammlung des OeNiD werden wir uns im Zusammenhang mit der Kairos-Europa-Tagung in Mannheim zum Thema Klimawandel vom **15. bis 17.10.2010 treffen.**

RUDOLF MEHL

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21/62 01 86, Fax: -6 56 45

OeNiD-Erklärung: „Leben in gerechtem Frieden“

Als Beitrag für die ökumenische Erklärung zum gerechten Frieden hat die Jahresversammlung des Oekumenischen Netzes in Deutschland (OeNiD) einvernehmlich beschlossen, keine Veränderungsvorschläge zum ersten Entwurf, sondern einen eigenen Entwurf an den OeRK einzusenden. Der Grund: Der erste Entwurf des OeRK enthält eine begriffliche Untersuchung zum Thema gerechter Frieden. Konkrete gegenwärtige Probleme sind nur aufzählend erwähnt. Eine Analyse der herrschenden direkten, strukturellen und kulturellen Gewalt fehlt völlig. Dies scheint dem OeNiD angesichts der dramatischen sozio-ökonomischen, politischen, ökologischen und zivilisatorischen Krise unangemessen. Zudem fehlen Handlungsvorschläge für die Kirchen.

Das OeNiD ist überzeugt, dass die Erklärung nicht hinter die bereits beschlossenen klaren Positionen der ökumenischen Organisationen zurückfallen darf, sondern diese bestätigen und weiterführen muss. Das gilt insbesondere für die Erklärung der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes zur Globalisierung (Winnipeg 2003), das Accra-Bekenntnis der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes (Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, 2004) und den AGAPE-Aufruf „Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“ der 9. Vollversammlung des OeRK in Porto Alegre (2006). [...]

Die Erklärung geht aus von der Aufforderung Jesu, sich für Gott und gegen das Schätzesammeln unter dem Götzen Mammon zu entscheiden. Da die gegenwärtige neoliberale Marktgesellschaft alle Bereiche des Lebens der Akkumulation von Reichtum für die Kapitaleigentümer unterwirft und diese strukturelle Gewalt zudem mit direkter imperialer Gewalt durchsetzt, müssen Kirchen und ChristInnen sie aus Glaubensgründen grundsätzlich ablehnen und für Alternativen arbeiten. [...]

Will die Kirche Volk Gottes sein und so Zeugnis für Leben, Gerechtigkeit und Frieden abgeben, muss sie selbst am Aufbau einer dem Leben dienenden solidarischen und möglichst gewaltfreien Gesellschaftsordnung mitwirken und vor allem mithelfen, die dramatische Zerstörung der Lebensgrundlagen der Erde zu stoppen.

Die Begründung dieser Erklärung folgt dem befreiungstheologischen Dreischritt „Sehen-Urteilen-Handeln“. Die Gewaltförmigkeit der modernen Zivilisation führt zum Tod. Die Bibel, aber auch andere kulturelle und religiöse Traditionen stehen für das Leben in Gerechtigkeit und Frieden. Eine Zivilisation des Lebens ist notwendig und möglich.

Das OeNiD schlägt dem OeRK vor, diese Erklärung und Begründung als Rahmen für die eigene Erklärung zu nehmen (zum Wortlaut der OeNiD-Erklärung siehe:

www.oenid.net/Projekte/IOeFK.html

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15

36251 Bad Hersfeld, Tel.: 06621/620186, Fax: -6 56 45

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen



Auf der Suche nach einer alternativen Globalisierung

Oekumenische Konsultation zu Klima, Wirtschaft und Gewalt

Vom **8. bis 10. Februar 2010** findet in Freising bei München unter dem Motto „Ehre sei Gott und Friede auf Erden“ eine bundesweite ökumenische Konsultation statt. VertreterInnen von Kirchen, Initiativen und Basisgruppen werden über Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung diskutieren. Dabei wird es vor allem um das Verhältnis von kapitalorientierten Wirtschafts- und Finanzsystemen zum Klimawandel und zu Fragen von Frieden und Gewalt gehen. Die Diskussionsergebnisse sollen in die vom Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) organisierte Internationale Oekumenische Friedenskonvokation eingehen, die im Mai 2011 in Kingston (Jamaika) stattfinden wird. Die Oekumenische Konsultation im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising will die von 2001 bis 2010 dauernde Dekade zur Überwindung von Gewalt und den AGAPE-Prozess (Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“) zusammenbinden. Obwohl beide Prozesse 1998 gemeinsam von der Vollversammlung des OeRK in Harare beschlossen worden waren, wurden sie weitgehend getrennt durchgeführt. Während sich der AGAPE-Prozess auf Alternativen zur ökonomischen Globalisierung konzentrierte, widmete sich die Dekade der Frage, wie Gewalt als solche überwunden werden kann. Beide Prozesse sollen nun zusammengeführt werden. Christinnen und Christen aus Kirchen und ökumenischen Netzwerken wollen in Freising eine konstruktive Spirale gegen die Gewaltkonflikte in Gang setzen und Alternativen aufzeigen. Vier Themenbereiche werden während der Tagung behandelt werden: die tägliche Gewalt in unserer Gesellschaft, die nachhaltige Bewahrung der Schöpfung, eine gerechte ökonomische Ordnung und Ansätze für ein friedliches Zusammenleben zwischen den Völkern sowie innerhalb von Staaten. Die wichtigsten Erkenntnisse der Konsultation sollen in einer „Oekumenischen Agenda“ für

einen gerechten Frieden zusammengefasst und veröffentlicht werden. Vorträge werden halten der Theologiedozent Dr. Fernando Enns (Universität Hamburg), der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Prof. Dr. Christian Pfeiffer (Hannover), die stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Dr. Imme Scholz (Bonn) und der Politikwissenschaftler am Institut für Entwicklung und Frieden, Prof. Dr. Jochen Hippler (Duisburg/Essen).

Veranstalter der ökumenischen Konsultation sind die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und das Netzwerk Offenes Forum zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“. Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung ist eine gemeinsame Vorbereitungsgruppe, gebildet von der ACK aus ihrem Ausschuss „Kirche und Gesellschaft“ und dem Offenen Forum zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“.

ULRICH FREY

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), Ludolfsstraße 2-4, 60487 Frankfurt/Main
Tel. 069/247027-0, www.oekumene-ack.de, und Offenes Forum zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ c/o Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Kirche, Wulfsdorfer Weg 29
22949 Ammersbek, Tel. 040/60558022.

► Netzwerk junger OekumenikerInnen MEET



„Born in the Friedensbewegung“

„Machen Sie weiter – Sie gehen einen wichtigen Weg!“ Mit diesen Worten kommentierte Propst i. R. Dr. Heino Falcke das ökumenische Engagement des jungen Netzwerkes MEET (More Ecumenical Empowerment Together) während dessen Jahrestagung vom 12.-15.11.2009 im Augustinerkloster in Erfurt. Unter dem Titel „Born in the Friedensbewegung“ versammelte MEET rund 30 „Kinder“ der 1970er und 1980er Jahre, die sich mit der Geschichte der ost- und westdeutschen Friedensbewegung, der eigenen kirchlichen und politischen Sozialisation sowie aktuellen friedenspolitischen Herausforderungen auseinandersetzten.

Neben einführenden Vorträgen zur Entwicklung der Friedensbewegung in der BRD durch Andreas Zumach (Genf) und in der DDR durch Annemarie Müller (Dresden), stellte die Biographiearbeit mit der Pfarrerin und systemischen Trainerin Hanna Manser (Halle) eine methodische und inhaltliche Besonderheit dar. Der eingehende Austausch

von eigenen Kindheits- und Jugenderlebnissen in den beiden politischen Systemen führte den Teilnehmenden die Verschiedenheit der Wahrnehmung von Ost und West, aber auch unterschiedliche politische Positionen innerhalb der früheren deutschen Teilstaaten vor Augen. „Es ist wichtig, von der kirchlichen und gesellschaftlichen Prägung einer Person zu hören, um ihr politisches Handeln heute auch wirklich verstehen zu können“, fasste eine Teilnehmerin die kreative Biographiearbeit zusammen. Konsens unter den Teilnehmenden war, dass die biographische Perspektive junger Menschen im Gedenkjahr an den Fall der Mauer vor 20 Jahren vernachlässigt wird.

Höhepunkt der Tagung junger ÖkumenikerInnen war eine zweistündige Diskussion mit Heino Falcke am Abend des 13. November, in welcher die jungen Erwachsenen den früheren Erfurter Propst und führenden ostdeutschen Theologen des Konziliaren Prozesses mit Fragen zur derzeitigen Gestalt der Kirche und des politischen Engagements von Christen herausforderten. „Die Kirche muss sich an der Zivilgesellschaft orientieren und nicht an der Politik oder am Markt“, so Falcke. Er forderte nicht nur eine entschiedenere politische Position der Kirche, sondern Bereitschaft und Mut neue Wege zu gehen. „Eine Kirche, die nur überleben will, ist überlebt!“, zitiert Falcke den früheren Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Werner Krusche.

Die 20–40jährigen Teilnehmenden der MEET-Tagung nahmen die prophetische Stimme Falckes auf und erarbeiteten friedenspolitische Positionen zu den Themen der Militärdienstverweigerung, Freiwilligen Friedensdiensten am Beispiel Israel/Palästina, einer solidarischen Ökonomie als alternativem Wirtschaftsmodell sowie dem innerlichen und körperlichen Frieden von Menschen. Aus diesen Diskussionen entwickelten sich „Peace Notes“, die die Forderungen der jungen ÖkumenikerInnen zusammenfassen. Diese sollen in einem „Brief an die Eltern“ veröffentlicht werden – einer Antwort auf den „Brief an die Kinder“, den die Ökumenische Versammlung 1989/90 in der DDR verfasst und den Kindern der Friedensbewegung als Erbe hinterlassen hat.

Kontakt: MEET-Koordinierungsteam

Annegreth Strümpfel, Gotenstr. 14, 10829 Berlin
 info@meet-junge-oekumene.de, Tel.: 0173/2058611
 www.meet-junge-oekumene.de

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Die Jubiläumstagung in Loccum

Wer einen Vortrag im großen Saal der Akademie Loccum hören wollte, konnte den Blick kaum abwenden von dem Wandbild,

das im Vorraum entstand. Unter der Anleitung von Anne Stickel, einer Theologin und Künstlerin, die derzeit am ökumenischen Forschungszentrum DEI in Costa Rica tätig ist und ihrem Mann, Warner Benitez David aus Kolumbien, hat sich eine Gruppe Gedanken gemacht zum Thema der Tagung: „... von der Hoffnung, die in uns ist ... (1. Petr. 3,15)“ und diese dann mit Pinseln und Acrylfarben auf die ca. 15 m² große Leinwand gebracht. Hier das in nur zwei Tagen erzielte Ergebnis:



Der verbale Teil dieses ökumenischen „Familientreffens“ mit 95 Teilnehmenden nahm immer wieder Bezug auf das in dreijähriger Arbeit entstandene „Geschichtsbuch zu 30 Jahre PLÄDOYER“ mit dem Titel „Erinnern – für eine ökumenische Zukunft“, hrsg. von Gert Rüppell, Lembeck-Verlag, 302 S., 24,- Euro. Die Hauptvorträge – von M. Stöhr zu den Anfängen, von G. Rüppell zum Buch und von G. Müller-Fahrenholz zur Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation im Mai 2010 in Jamaika – können nachgelesen werden unter www.plaedoyer-ecu.de bei aktuelles.

Geiko Müller-Fahrenholz gab mit seinem Referat den Anstoß zu einer ausgedehnten Diskussion über „Klimagerechtigkeit“, die auch vom Tagungsbeobachter Andreas Zumach aufgenommen und weitergeführt wurde mit darin verwobenen Themen wie Migration, Bürgerkriege, Armut, ökologische Schuld, Wachstumsideologie, Verdrängungsmechanismen, notwendige Lebensstiländerungen ... Das Stichwort der Klimagerechtigkeit wurde zum Anlass genommen, um über neue Positionierungen in der weltweiten Ökumene (ÖRK/Friedenskonvokation/Dialog mit anderen Religionen) nachzudenken und ein Memorandum des Plädoyer dazu ins Auge zu fassen. Das mit Fachleuten zu erarbeitende Memorandum soll möglichst schon bei der Jahrestagung 2010 (15.–17. Oktober in Arnoldshain) vorliegen, bei der es schwerpunktmäßig um die inhaltliche Vorbereitung der Jamaika-Delegierten und – BesucherInnen gehen wird.

Inzwischen wurde vom Wandbild eine Klappkarte hergestellt mit einem poetischen Text von Anne Stickel auf der Rückseite.

Buchbestellungen (24,- Euro) und

Klapp-Kartenbestellungen (à 1,- Euro) bitte an:

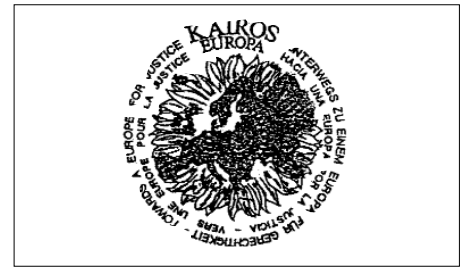
Kontakt: PLÄDOYER-Geschäftsführer W. Gebert

Banweg 14, 72131 Offterdingen

Tel.: 07473/959898, Fax: -959894

euw.gebert@t-online.de

► Kairos Europa



Neue Kairos Europa-Publikation erschienen

In der Kairos Europa-Reihe „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ ist eine neue Broschüre erschienen. Sie trägt den Titel „Ökologische Schuld(en) und Versöhnung – Anforderungen an ein gerechtes, zukunftsfähiges Weltklimaregime“, umfasst 42 Seiten und ist zum Preis von 4,- Euro zzgl. Versandkosten zu bestellen bei:

Kairos Europa e.V., Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg

Tel.: 06221/716005, Fax: 06221/716006

info@kairoseuropa.de

Kontakt: Kairos Europa, Hegenichstr. 22

69124 Heidelberg, Tel.: 06221/781180 bzw. 716005

info@kairoseuropa.de, Martin Gück

Tel.: 06221/716005, Fax: 06221/716006

gueck@kairoseuropa.de

► Ökumenische Initiative Eine Welt (OeIEW)



Bildungsarbeit mit der Erd-Charta

Als Koordinierungsstelle der Erd-Charta in Deutschland, begeht die Ökumenische Initiative Eine Welt (OeIEW) im Jahr 2010 das 10-jährige Bestehen dieser zentralen internationalen Erklärung grundlegender ethischer Prinzipien für eine weltweit nachhaltige Entwicklung. Am 24. März 2000 verabschiedete die Erd-Charta-Kommission um Wangari Maathai, Michael Gorbatschow und Maurice Strong nach einem langen interkulturellen und interreligiösen Dialog die endgültige Fassung der Erd-Charta. Um dieses Jubiläum gebührend zu feiern, sollen über das ganze Jahr verteilt an vielen Orten der Welt Veranstaltungen und Aktionen zur Erd-Charta organisiert werden. Start der internationalen Aktivitäten ist der „Tag der Erde“ am **22. April**. In Deutschland wird das Jahrestreffen der OeIEW vom **23. bis 25. April 2010** in Warburg-Germete stattfinden. Hier soll es anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Erd-Charta soll es hier schwer-



Photo: © Kerstin Veigt

Geschäftsstelle der Oekumenischen Initiative
Eine Welt in Wethen

punktmäßig um Klimagerechtigkeit gehen. Die OeIEW legt ihren Schwerpunkt derzeit auf die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit der Erd-Charta. In diesem Ansatz werden soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit nicht nur in Begriffen von Wissen, sondern vor allem in der Auseinandersetzung mit Werten thematisiert. Gleichzeitig wird die Verwobenheit von Frieden, Bewahrung der Schöpfung und Gerechtigkeit offenbar. Die OeIEW bringt die Erd-Charta in die schulische und außerschulische Bildung ein. Als letztes „Highlight“ haben wir Anfang 2009 das „Internationale Junge Zukunftsforum“ mit veranstaltet. Hier haben 140 junge Menschen aus mehr als 30 Ländern ihre Version einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Austausch mit Persönlichkeiten wie Hans-Peter Dürr entwickelt.

Für alle, die sich intensiv und gemeinsam mit der Erd-Charta auseinandersetzen möchten, bietet die OeIEW 2010 eine Erd-Charta-MultiplikatorInnen-Ausbildung an (9. bis 11. April 2010 und vom 18. bis 20. Juni 2010). Die Ausbildung soll dazu befähigen, die Vision einer nachhaltigen Entwicklung selbst weiterzugeben und Vorträge und Workshops zur Erd-Charta vor unterschiedlichen Zielgruppen zu halten. Durch den ganzheitlichen Ansatz der Erd-Charta lassen sich Armut, Hunger und Marginalisierung in ihrem Zusammenhang mit Umweltzerstörung, Ressourcennutzung und globalen Machtverhältnissen thematisieren. Klimagerechtigkeit ist ein aktuelles und wichtiges Beispiel, anhand dessen wir diese Komplexität herausarbeiten und durch regionale Beispiele konkretisieren werden.

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt
Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 0 56 94 / 14 17, info@oeiew.de

► Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung

Zinskritik, auch wenn der Zins aktuell schon bei null ist?

Zins und Zinseszins führen zu einer stetig wachsenden Umverteilung von Arm zu Reich. Ein stabiles Wirtschaftssystem ist

damit nicht möglich. Wenn nun der Zins heute praktisch bei null liegt – ist dann ein stabiles System erreicht?

Solche Fragen werden uns Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und verwandten Organisationen heute immer wieder gestellt. Eine einfache Antwort darauf kann es bei so einem komplexen System wie unserem heutigen Wirtschafts- und Finanzsystem natürlich nicht geben, aber ein paar Hinweise:

- ▷ *Dass der Zins heute bei null liegt, ist eher Zufall, jedenfalls keine gewollte Umlaufsicherung für Geld. Damit besteht berechnete Hoffnung auf Änderung – und darauf lässt sich natürlich spekulieren.*
- ▷ *Die CGW hält wenig von einer Konzentration auf Zins und Zinseszins als die Ursache aller Wirtschaftsprobleme – es handelt sich eher um Symptome einer ungezügeltten Ausübung von Macht. Der Vorschlag des Oekumenischen Netzes in Deutschland (OeNiD) für die 2. Fassung der Oekumenischen Erklärung „Leben in gerechtem Frieden“ zählt treffend die verschiedenen Bereiche der Ausübung von Macht auf.*
- ▷ *Dem entsprechend will sich die CGW nicht auf die Geldordnung alleine beschränken. Die Ausbeutung der Erde mit ihren natürlichen Bodenschätzen hat eine ähnlich zerstörerische Wirkung. Und besonders im sozialen Miteinander unserer Gesellschaft gibt es noch großen Handlungsbedarf.*

Nur einige Fragen als Beispiele:

- ▷ *Welche öffentlichen Aufgaben sollen aus Steuermitteln finanziert werden, und auf welcher Grundlage sollen Steuern erhoben werden (Einkommen, Ressourcenverbrauch, Mehrwertsteuer, ...)?*
- ▷ *Welchen Generationenvertrag wollen wir? Heute ist die Versorgung der Kinder weitestgehend Privatsache, die Versorgung der Rentner dagegen staatlich geregelt.*
- ▷ *Wie sollen die Einkünfte eines Unternehmens auf die Menschen verteilt werden, die zu diesen Einkünften beigetragen haben? Heute „gehören“ alle Einkünfte den Eigentümern, Löhne sind Kosten. Als Alternative können sich die meisten Menschen nur den Staatssozialismus vorstellen, der in seiner Machtausübung nicht weniger zerstörerisch war. Gott sei Dank gibt es viele Ansätze für andere Alternativen.*

Die CGW verfolgt die weitere Entwicklung mit Interesse und versucht mit ihren Kräften Einfluss zu nehmen. Unter „Aktuelles“ auf www.cgw.de sind verschiedene Hinweise zu finden.

RUDOLF MEHL

Kontakt: Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
CGW-Rundbrief-Redaktion
Bauschlotter Str. 4, 75249 Kieselbronn
Tel.: 0 72 31 / 5 23 18, Fax: 0 32 12 / 3 29 63 45
Rundbrief@cgw.de, www.cgw.de

► Oekumenischer Kirchentag in München

Forum „Frieden stiften“ – Ein Tag zur Vorbereitung der Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation Mai 2011 in Kingston/Jamaika

Es war schwierig, die Kirchentagsleitung zu überzeugen, dass die Dekade zur Überwindung von Gewalt und ihre Konsequenzen auf der Weltfriedenskonvokation 2011 einen ganzen Tag wert ist.

Doch nun wird das Forum „Frieden stiften“ am Freitag, den 14. Mai 2010 in der kleinen Eissporthalle im Olympia-Gelände von München stattfinden, beantragt von AGDF und Pax Christi, vorbereitet aus dem „Offenen Forum Gewalt überwinden“, MEET und dem Oekumenischen Netz in Deutschland

Nach der Bibelarbeit, vorgesehen ist Christian Führer, wird am Vormittag (11–13 Uhr) die ökumenische Besuchsgruppe (mit Teilnehmern aus USA, Uganda, Südafrika, Tschechien und vom OeRK), die in den Wochen vor dem Kirchentag Norddeutschland unter der Fragestellung: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ bereist hat, berichten.

Im zweiten Teil von 14–15.30 Uhr wird unter dem Titel „Gewalt erleiden – Frieden gestalten“ der kirchentagserfahrene Journalist Arnd Henze mit Betroffenen und Akteuren vom Aktionsbündnis Winnenden, „Schwerter zu Pflugscharen – Waffentauschprogramm in Mozambique“ und einem Einsatz im Zivilen Friedensdienst (Schalomdiakonat) die Konsequenzen aus verarbeiteten direkten Gewalterfahrungen herausarbeiten.

Von 16–18 Uhr wird der Beschlussvorschlag des Oekumenischen Netzes für die Weltfriedenskonvokation 2011 „Krieg jetzt ächten“ debattiert: Wie kann ein solcher Beschluss, zu dem es schon so viele Anläufe gab, endlich umgesetzt werden? Ihre Teilnahme an dieser Debatte haben bereits zugesagt: der neue Generalsekretär des OeRK Dr. Olav Fykse Tveit, die EKD-Ratsvorsitzende Dr. Margot Käßmann und der UNO-Korrespondent Andreas Zumach. Weitere Diskutanten sind angefragt.

Der Tag schließt mit einer liturgischen Feier unter dem Motto der Konvokation: „Ehre sei Gott und Frieden auf Erden“. Hier werden alle Teile des Tages zu Bitte, Dank und Lob vereint.

Die Musik wird – wie könnte es anders sein – von einer karibischen Band, dem Team um Fritz Baltruweit und einem Solomusiker, Matthias Graf, mit selbstkonstruierten Instrumenten einfühlsame, überbordende und nachdenkliche Musik gestaltet.

MICHAEL HELD

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Dr. Günther Overlach
Am Lindenhofe, D-30519 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 48 71-08, Fax: -09
g.g.j.overlach@t-online.de

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 492 33 68
Fax.: 03 51 / 492 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de

Förder mit glied schaft

bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den

OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST

sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

**Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse**

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kro.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland